

UMWELTPOLITIK

Energiegewinnung und Klimawandel stehen in einem engen ursächlichen Zusammenhang. Das Bild zeigt eine Photovoltaikanlage zur Gewinnung von umweltverträglicher Sonnenenergie.

Foto: picture-alliance / dpa



Als dicht besiedeltes Industrieland mit starker Verkehrsbelastung, intensiver Landwirtschaft und hohem Einkommens- und Konsumniveau ist Baden-Württemberg mit Umweltproblemen konfrontiert. In den letzten dreißig Jahren gelang es zwar, eine Reihe von Umweltbelastungen abzubauen. Durch staatliches Handeln und Anstrengungen von Industrie und Gewerbe konnten bemerkenswerte Erfolge erzielt

werden. Aber es gibt noch viel zu tun. Die zentralen Umweltprobleme sind heute allerdings nicht mehr in dem Maße wahrnehmbar wie früher. Schaumberge auf Flüssen und Bächen gehören ebenso wie rauchende Fabrikschlote weitgehend der Vergangenheit an. Bei den neuen Herausforderungen sind Ursachenzusammenhänge zwischen umweltschädlichem Verhalten und seinen Folgen wesentlich kom-

plexer. Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur ist ebenso wenig sichtbar wie das langsame Steigen des Meeresspiegels. Die Folgen dieser anthropogenen, vom Menschen verursachten Effekte sind schleichende, sich in Jahrzehnten vollziehende Prozesse. Die sich in den vergangenen Jahren häufenden Wetterextreme können Vorboten einer spürbaren Änderung unserer Lebensverhältnisse sein.



Umfassende Daseinsvorsorge

Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein Ziel mit Verfassungsrang. Seit 1987 gibt es in Baden-Württemberg ein eigenständiges Umweltministerium, wobei für die belebte Umwelt und den gesamten Bereich der Biodiversität, das heißt auch für den Natur- und Artenschutz, seit 1996 das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zuständig ist. Umweltpolitik wird von der Landesregierung als umfassende und nachhaltige Daseinsvorsorge verstanden, um die Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen zu erhalten. Diesem Grundsatz der Nachhaltigkeit ist die Landespolitik verpflichtet. Umweltpolitik ist dabei aber kein Anliegen von wenigen Politikern und Experten, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der „Umweltplan Baden-Württemberg“ gibt allen gesellschaftlichen Kräften Gelegenheit, an einem langfristigen Orientierungsrahmen mitzuwirken. In einem medienübergreifenden Ansatz werden eine neue Standortbestimmung und darauf aufbauende Ziele der Umweltpolitik erarbeitet. Gleichzeitig entspricht der Umweltplan der Aufforderung der Vereinten Nationen in der Agenda 21 der Konferenz von Rio (1992), Aktionspläne und Zielvorstellungen zu erarbeiten, wie eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung verwirklicht werden kann.

Zur Begleitung des dialogorientierten Umsetzungsprozesses zum Umweltplan wurde 2002 ein wissenschaftlicher Nachhaltigkeitsbeirat (NBBW) mit Experten aus verschiedenen Fachdisziplinen eingerichtet. Der NBBW hat im Jahr 2005 die Fortschritte bei der Zielerreichung des Umweltplans bewertet und festgestellt, dass wichtige Zwischenziele erreicht wurden, in manchen Sektoren aber noch wesentliche Anstrengungen erforderlich sind. Dies gilt z. B. für

den Grundwasserschutz (insbesondere Nitratbelastung), Gewässermorphologie, Luftreinhaltung (insbesondere Feinstaub und Stickoxide, beide maßgeblich verkehrsbedingt), Arten- und Lebensraumschutz sowie Reduzierung der Abfallmengen. Nicht erreicht wurden die Ziele zum Klimaschutz (Reduzierung vor allem der CO₂-Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger), beim Flächenverbrauch und im flächendeckenden Lärmschutz. Somit empfiehlt der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg, die ungelösten Probleme bei der Fortschreibung des Umweltplans besonders zu berücksichtigen und den Umweltplan in Richtung Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln.

Hier setzt die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg an. Nachhaltiges, umweltgerechtes Handeln ist heute nicht nur eine Aufgabe der Umweltpolitik, sondern betrifft zunehmend andere Politikfelder. Die Herausforderungen sind vielfältig: Wohlstand und wirtschaftliche Weiterentwicklung, gerechte Sozialsysteme und eine intakte Umwelt mit gerechter Verteilung von Ressourcen müssen gleichzeitig angegangen werden. Dazu bedarf es eines integrativen Ansatzes, der eine langfristige Orientierung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bietet: die Nachhaltigkeitsstrategie. Diese Nachhaltigkeitsstrategie ist kein starrer Plan, sondern ein Arbeitskonzept, mit dem zentrale Zukunftsthemen bearbeitet werden. Außer den Ministerien sollen alle gesellschaftlichen Gruppen mitwirken, denn nachhaltige Entwicklung betrifft alle und kann nur gemeinsam umgesetzt werden. Vertreter aus Wirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Sozialverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, Kommunen, aber auch einzelne Bürger beteiligen sich aktiv an der Nachhaltigkeitsstrategie.

Umweltschutz ist umfassende Daseinsvorsorge. Nachhaltiges, umweltgerechtes Handeln betrifft dabei alle Politikfelder und gesellschaftlichen Bereiche.

Foto: Angelika Schober-Penz

Letztlich muss Nachhaltigkeit als Handlungsleitlinie alle Bereiche unseres Lebens durchdringen. Ziel der Initiative ist deshalb, den Gedanken der Nachhaltigkeit Zug um Zug in möglichst vielen Feldern der Politik und der Gesellschaft zu verankern. Ansatzpunkt sind Themenfelder wie

- **zukunftsfähige Energieversorgung**
Wie kann diese klimaverträglich, sicher und wettbewerbsfähig ausgestaltet werden? Wie lernen wir alle, effizienter mit Energie umzugehen?
- **Arbeitswelt, Produzieren und Arbeiten**
Wie können wir nachhaltig und ressourceneffizient produzieren? Wie kann die Arbeitswelt so gestaltet werden, dass Familie und Beruf besser vereinbar sind, dass junge Menschen und ältere Arbeitnehmer gleichermaßen sinnerfüllende Arbeit finden?
- **Lebensqualität**
Wie schaffen wir eine gesunde Lebensumwelt, mit guter Luft, sauberem Wasser, wenig Lärm und unbelasteten Lebensmitteln?
- **zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen**
Wie erhöhen wir die Attraktivität von Städten, erhalten Freiflächen und bringen Wohnen, Arbeiten, Freizeit- und Mobilitätsbedürfnisse in Einklang?

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein ambitioniertes Projekt, das weit über rein ökologische Fragestellungen hinausreicht. Die Initiative ist deshalb auf einen Zeitraum angelegt, der über eine Legislaturperiode hinausgeht.

Für eine nachhaltige Entwicklung bedarf es der Veränderung von Denk- und Verhaltensweisen aller. Die Agenda 21 nennt daher Bildung als ein zentrales Instrument auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Mit zahlreichen Projekten wie z. B. dem Förderprogramm „Schule auf Umweltkurs“, Unterrichtsmaterialien und Fortbildungsangeboten praktiziert die Landesregierung seit vielen Jahren die Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in den verschiedenen Bildungsbereichen. Die von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufenen UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verleiht diesem Prozess zusätzliche Schubkraft. Die Landesregierung hat dazu Ende 2005 den Aktionsplan „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ verabschiedet. Er richtet sich an alle, die sich im Rahmen der UN-Dekade für nachhaltige Entwicklung engagieren wollen, so z. B. im Netzwerk „Nachhaltigkeit lernen“.

Grenzüberschreitender und internationaler Umweltschutz; Umweltforschung

Nachhaltiges umweltgerechtes Handeln betrifft nicht nur alle Politikfelder, Wirtschaft und Gesellschaft, sondern weist auch grenzüberschreitende Aspekte auf. Luft- und Wasserverschmutzung sowie Klimabeeinflussung kennen keine Landesgrenzen. Ein Beispiel für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist seit vielen Jahren der Bodensee. Hier, wie auch entlang des Rheins, sind partnerschaftlicher Dialog und gemeinsame Maßnahmen der europäischen Regionen gefragt. Zum Erhalt und nachhaltigen Schutz des Ökosystems Bodensee kooperiert das Land in der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) seit 1959 mit den angrenzenden Ländern und Kantonen.

Entsprechend dem globalen Charakter wichtiger Umweltprobleme wie dem Klimaschutz engagiert sich das Land auch in der Umweltentwicklungszusammenarbeit. Ein Land wie Baden-Württemberg muss Entwicklungs- und Schwellenländer an seinen zukunftsweisenden Konzepten und Lösungen teilhaben lassen. Dem dienen z. B. konkrete Projekte in

China zur Energieeffizienz in Gebäuden und zur Abwasserreinigung sowie die Kooperation mit Beitrittsstaaten der EU. Neben der Verbesserung der Umweltsituation und der Lebensverhältnisse der Menschen dort bieten solche Initiativen auch Chancen für die heimische Wirtschaft im wachsenden Exportmarkt Umwelttechnik, auf dem Baden-Württemberg eine Spitzenstellung einnimmt. Dies ist nicht zuletzt auf die gezielte Unterstützung von Forschungsarbeiten zur Lösung von Umweltproblemen zurückzuführen.

Klimaschutz und Klimawandel

Der Klimawandel ist in vollem Gange und auch in Baden-Württemberg erkennbar. Die Frage, ob der Mensch das Klima verändert oder nur natürliche Schwankungen für den Klimawandel verantwortlich sind, wird von der Klimaforschung mittlerweile klar beantwortet: Seit der Industriellen Revolution erhöht sich durch unser Wirtschaften die Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre. Dieser Anstieg verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt und führt zu einer globalen Erwärmung der Erdoberfläche und in den unteren Luftschichten.

Die Folgen des Klimawandels auf Natur und Umwelt, auf die Wirtschaft und auch auf die Gesundheit des Menschen sind bedeutend. Stürme, Hochwasser und Hitzeperioden der vergangenen Jahre haben dies gezeigt. Für Baden-Württemberg kann aber nach heutigem Erkenntnisstand davon ausgegangen werden, dass Anpassungen an diese neuen Gegebenheiten im Großen und Ganzen möglich sein werden, in einzelnen Bereichen, wie Sommertourismus oder Weinbau, dürfen wir sogar Vorteile erwarten. Der Wintertourismus aber wird sich umstellen müssen.

Viel einschneidender als bei uns stellen sich die Zukunftsszenarien in anderen Klimazonen der Erde dar, angefangen schon im Mittelmeerraum. Die klimatischen Verhältnisse in den Tropen und Subtropen sowie in Polnähe stellen vielfach heute schon für die Menschen dort ein Leben unter extremen, häufig existenzbedrohenden Bedingungen dar. Klimakatastrophen wie Überflutungen und Wüstenbildung sowie das Abschmelzen und Auseinanderbrechen der Eisschilde könnten in ihren Intensitäten

Ausmaße erreichen, die zu Umgestaltung und Vernichtung ganzer Regionen führen, in denen heute noch viele Millionen Menschen, Tiere und Pflanzen leben.

Nur wenn es gelingt, den weltweiten Temperaturanstieg einzudämmen, können die schlimmsten Folgen des Klimawandels noch verhindert werden. Das Zeitfenster, in dem ein darüber hinausgehender Temperaturanstieg noch vermieden werden kann, schließt sich in den nächsten zwei Jahrzehnten. Es ist also rasches und energisches Handeln zur Reduktion der Treibhausgase notwendig. Umso mehr, als konsequenter Klimaschutz neben geringeren CO₂-Emissionen auch die Abhängigkeit von Energieimporten senkt, Energieressourcen schont und geringere Schadstoffemissionen dank weniger Verbrauch fossiler Energieträger zur Folge hat.

Das Land Baden-Württemberg hat deshalb das „Klimaschutzkonzept 2010“ entwickelt. Durch die Umsetzung der darin genannten Maßnahmen sollen im Zeitraum von 2008 bis 2012 im Mittel die CO₂-Emissionen um zwei bis vier Millionen Tonnen pro Jahr reduziert werden. Die zentralen Maßnahmen, um einen wirksamen Klimaschutz zu erreichen, sind Energie einsparen, Energie effizienter nutzen und erneuerbare Energien ausbauen.

Baden-Württemberg strebt deshalb an, den Pro-Kopf-Energieverbrauch in den nächsten zehn Jahren um zwanzig Prozent zu reduzieren und den Anteil erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2010 (gegenüber 1997) zu verdoppeln. In einem nächsten Schritt wird ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von zwanzig Prozent bis zum Jahr 2020 angestrebt.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch betrug im Jahr 2005 5,1 Prozent, und es ist weiterhin mit einer dynamischen Entwicklung zu rechnen. Letzteres gilt auch für Energieeffizienz und Energieeinsparung: Diese Bereiche stellen ein erhebliches Potenzial dar, das zu einem großen Teil durch Maßnahmen, die sich rechnen, realisiert werden kann. Doch all dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin enorme Anstrengungen erforderlich

sind, wenn ein wirksamer Klimaschutz erreicht werden soll. Klimaschutz braucht einen langen Atem – eine Verschnaufpause kann sich niemand mehr leisten.

Luftverschmutzung

Die erhebliche Verbesserung der Luftqualität seit Mitte der 1980er Jahre ist vor allem auf die konsequente Sanierung der Industrieanlagen und Kraftwerke, den Einsatz schwefelärmerer Brennstoffe und die Einführung und stetige Weiterentwicklung des geregelten Katalysators bei Fahrzeugen zurückzuführen. Diese Maßnahmen führten zu einer deutlichen Reduktion der klassischen Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide und Staub. Dennoch besteht im Blick auf die sommerlichen hohen Ozonwerte, den sauren Regen und den Nährstoffeintrag weiterhin Handlungsbedarf bei leicht flüchtigen organischen Verbindungen (VOC), Stickstoffoxiden, Schwefeldioxid und Ammoniak. Auch sind die erzielten Verbesserungen nicht ausreichend, um die neuen europäischen Grenzwerte für Feinstaub in der Umgebungsluft (seit 2005) und Stickstoffdioxid (ab 2010) auch in verkehrlichen Belastungsbereichen einhalten zu können.

Um die Luftqualität weiter zu verbessern, werden Luftreinhalte- und Aktionspläne mit lokal und regional wirkenden Maßnahmen aufgestellt, wobei dem Straßenverkehr eine hohe Bedeutung zukommt. Deshalb sind vor allem Maßnahmen zur Verringerung von Emissionen aus dem Verkehr erforderlich. Nicht zu umgehen sind dabei auch Maßnahmen wie Fahrverbote für alte emissionsfähige Fahrzeuge. Ergänzend sind aber auch Maßnahmen auf der Ebene Deutschlands und Europas erforderlich. Ziel ist es, die abgegebenen Schadstoffmengen direkt an den Quellen von Verkehr, Industrie, Gewerbe und Hausbrand (z. B. bei Holzfeuerungsanlagen) nochmals deutlich zu reduzieren. Klimaschutz durch Einsatz von Holz als Brennstoff darf nicht zu Lasten der Luftreinhaltung gehen.

Schutz des Wassers und Schutz vor Hochwasser

Baden-Württemberg ist ein wasserreiches Land. Rund drei Viertel des Trinkwassers im Land stammen aus Grund- und Quellwasser. Grundwasser ist eine Ressource von elementarer Bedeutung. Allerdings ist es von zahl-

chengewässerschutz beinhaltet. Nur in diesem Verbund können die wertvollen ökologischen Lebensräume und Wasserspeicher grenzüberschreitend geschützt werden.

Insgesamt sind in Baden-Württemberg mehr als 2.600 Wasserschutzgebiete festgesetzt. Dies entspricht rund 21 Prozent der Landes-



reichen – von Menschen verursachten – Einträgen belastet: durch Industrie und Gewerbe, Energieversorgung, Verkehr, Abwasserentsorgung, Landwirtschaft, Luftschadstoffe und Altlasten. Der Gewässerschutz gehört deshalb zu den wichtigsten Aufgaben der Umweltpolitik. In den letzten rund vierzig Jahren ist es durch zahlreiche Maßnahmen gelungen, flächendeckend zu einer deutlichen Verbesserung der qualitativen Beschaffenheit der Gewässer zu kommen. Zum Schutz des Grundwassers konnte die Fläche der Wasserschutzgebiete nahezu verdoppelt werden. Aber gerade beim Grundwasser kommt es nicht nur auf das Land alleine an: Grenzüberschreitende Programme bei der Wasserüberwachung gibt es mit den Nachbarn Frankreich, Schweiz und Österreich und im gesamteuropäischen Kontext mit der seit 2000 geltenden EG-Wasserrahmenrichtlinie, die den Grundwasser- und den Oberflä-

Das Trinkwasserbecken des Zweckverbands Bodensee-Wasserversorgung (BWW) in Sipplingen am Bodensee: Von hier wird das aufbereitete Bodenseewasser in das Leitungsnetz eingespeist, das bis in den äußersten Norden Baden-Württembergs reicht. Etwa vier Millionen Baden-Württemberger werden pro Jahr mit rund 140 Millionen Kubikmeter Bodenseewasser beliefert.

Foto: picture-alliance / dpa

fläche. Bis zum Jahr 2010 sollen zur flächendeckenden Sicherung der Grundwasserqualität 29 Prozent der Landesfläche als Schutzgebiete ausgewiesen werden.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund häufigerer extremer Niederschlagsereignisse und immer noch zunehmender Bodenversiegelung durch

Bautätigkeit bleibt der Hochwasserschutz eine Daueraufgabe. Im Rahmen der Hochwasserschutzstrategie sollen auch zukünftig die Hochwasserschadensrisiken im Land und grenzüberschreitend durch gemeinsames Handeln gemildert und die Hochwasserschäden durch ein gezieltes Hochwassermanagement vermindert oder ganz ausgeschlossen werden. Gewässerökologische Belange werden dabei berücksichtigt. Schwerpunkte des technischen Hochwasserschutzes sind z. B. die Fortführung der begonnenen Programme an Rhein, Donau, Neckar sowie regionale Hochwasserschutzkonzepte.

Ergänzend werden Maßnahmen zum Hochwasser-Flächenmanagement ergriffen. Ziel der Flächenvorsorge ist es, neue Bebauungen und sensible Nutzungen in hochwassergefährdeten Gebieten künftig nicht mehr zuzulassen. Im natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche, insbesondere durch den – auch raumordnerisch relevanten – vorbeugenden Hochwasserschutz sieht die Landesregierung ein zentrales Instrument, um die Abflussmenge und -geschwindigkeit aufkommenden Hochwassers zu verringern. Weiterhin sollen frühere Überschwemmungsgebiete (Rückhalteflächen) zurückgewonnen werden. Auch die Entwicklung naturnaher Fließgewässer und die Wiederherstellung der Auendynamik tragen zum Hochwasserschutz bei.

Daneben werden die organisatorischen Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung verbleibender Hochwassergefahren weiter verbessert. Eine verlässliche und frühzeitige Hochwasservorhersage trägt wesentlich zur Minderung verbleibender Risiken bei. Die Hochwasservorhersagezentrale des Landes wird regelmäßig dem Stand der Technik entsprechend weiterentwickelt. Der Betrieb des Pegelmessnetzes und des Niederschlagsmessnetzes ist als Datengrundlage unerlässlich.

Flächenmanagement

Eines der drängenden Umweltthemen – gerade im Sinne der Nachhaltigkeit allgemein und auch im Blick auf den Hochwasserschutz – ist der zu hohe Flächenverbrauch durch die Umnutzung von Freiflächen (in der



Die Rheinauen bei Oberhausen-Rheinhausen: Sie bilden wichtige Überflutungsflächen und sind damit zentral für den Hochwasserschutz.

Foto: LMZ Baden-Württemberg

Regel landwirtschaftlich genutzte Flächen) in Siedlungs- und Verkehrsflächen. Die mit der Flächeninanspruchnahme verbundenen Umweltschädigungen sind zum Teil schleichend und treten erst über lange Zeiträume auf. Es entstehen fortlaufende Verluste von ökologischen Funktionen des Bodens ebenso wie von Lebensräumen für Flora und Fauna.

Weitere Folgen der Zersiedelung sind die Zunahme des Verkehrsaufkommens und des Energieverbrauchs sowie der kostenträchtige Ausbau von Infrastruktur – auch angesichts des demographischen Wandels unserer Gesellschaft eine problematische Entwicklung. Einfamilienhaussiedlungen für junge Familien auf ehemaligen „grünen Wiesen“ außerhalb der Siedlungskerne können mittelfristig zu isolierten und für dann ältere Leute infrastrukturell schlecht versorgten Gebieten werden.

In den letzten fünfzig Jahren haben sich in Baden-Württemberg die Flächen für Siedlung und Verkehr mehr als verdoppelt, während die Bevölkerungszahl nur um zwei Drittel gestiegen ist. Die Massenmotorisierung begünstigte eine zerstreute (disperse) Siedlungsstruktur, mit der Verkleinerung der Haushalte steigt die Zahl der benötigten Wohnungen. Seit 1965 hat sich die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner von 22 auf 43 Quadratmeter fast verdoppelt.

Zwischen 2001 und 2005 war zwar ein Rückgang der Flächeninanspruchnahme von 11,8 auf 8,8 ha/Tag zu verzeichnen – aber eine dauerhafte Umkehr von der Außenentwicklung zur Innenentwicklung ist (noch) nicht in Sicht. Im Gegenteil: 2006 ergab sich wieder ein leichter Anstieg auf 9,4 ha/Tag, wohl auch wegen der anspringenden Konjunktur. Mehr denn je gilt: Es gibt große Potenziale für Innenentwicklung (Brachflächen, Konversionsflächen, Baulücken, Bestandserneuerung), die künftig vor einer Überplanung von Freiflächen mobilisiert werden müssen.

Nach dem Umweltplan und einem Ministerratsbeschluss von 2004 verfolgt das Land eine langfristig angelegte Strategie zur Bekämpfung des Flächenverbrauchs. Die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke soll bis 2012 deutlich zurückgeführt werden. Dies geht allerdings nur zusammen mit den Kommunen als Träger der kommunalen Planungshoheit. Schlagworte hierzu sind Flächeneffizienz, Vorrang der Innenentwicklung sowie Intensivierung der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit. Begleitend hat das Land im Oktober 2004 ein Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Baden Württemberg“ ins Leben gerufen. Kommunen, Wirtschaft und Naturschutzverbände arbeiten nunmehr am Bewusstseinswandel in der Siedlungsentwicklung. Die Erfolge des Flächenmanagements werden regelmäßig bilanziert.

Auch die Koalitionsvereinbarung vom April 2006 sieht eine deutliche Reduktion bis 2012, einen stringenten Vollzug von Ordnungsrecht und Planungsvorgaben, eine Verschärfung

der Genehmigungspraxis für Flächennutzungspläne, eine Abstimmung bestehender Förderprogramme und verstärkte Anstrengungen zur Sanierung von Altlasten vor. Dies hat auch Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung vom Juni 2006 unterstrichen und „Netto-Null“ beim Flächenverbrauch als langfristiges Ziel, auch aus demographischen Gründen, analog zur „Netto-Null“ bei der Staatsverschuldung ausgegeben.

Die Autobahn A5 bei Karlsruhe im täglichen Feierabendverkehr: Das gestiegene Verkehrsaufkommen nimmt immer weitere Flächen in Anspruch.

Foto: picture-alliance / dpa

